

## **Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Sören Schilling in der Sitzung des Rates am 09.02.2026**

*- es gilt das gesprochene Wort! -*

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

dass der Haushalt sicherlich die herausforderndste Aufgabe der Kommunalpolitik ist, dürfe vielen hier im Saal klar sein. Doch dieser vorgelegte Nachtragshaushalt ist noch einmal eine neue Aufgabenkategorie und zeigt mit dem Brennglas erschreckend deutlich: Die Lage ist katastrophal – in Hennef, in NRW und bundesweit. Haupttreiber sind massiv steigende Sozial- und Jugendhilfekosten, die Unterbringung und Integration von Geflüchteten, die Personalkosten und stagnierende Gewerbesteuererinnahmen.

Auch Hennef ist von dieser Entwicklung voll erfasst. Die Bewirtschaftung in 2025 lief – mit Ankündigung – nicht planmäßig. Das ursprünglich geplante Mini-Plus wird nach heutigem Stand deutlich verfehlt. Die genaue Höhe ist noch nicht bekannt, wird sich jedoch im mittleren einstelligen Millionenbereich bewegen.

Mit dem Nachtrag für 2026 werden nun zentrale Positionen nach oben angepasst:

- rund 3,4 Millionen Euro mehr Personalaufwand,
- etwa 2,6 Millionen Euro Verschlechterung bei den zentralen Finanzen,
- fast 3 Millionen Euro Mehrbedarf bei den sozialpädagogischen Hilfen,
- über 1 Million Euro bei den Kitas,
- rund eine halbe Million Euro im Asylbereich und
- weitere Mehrbelastungen bei der OGS und im Zinsaufwand.

Insgesamt verschlechtert sich das Jahr 2026 gegenüber der ursprünglichen Planung um rund 10 Millionen Euro. Der Jahresfehlbetrag steigt damit auf über 12,5 Millionen Euro - nach Abzug des globalen Minderaufwands. Vor Abzug des globalen Minderaufwands sind wir sogar in einer schwindelerregenden Höhe von 16,3 Millionen Euro. Und auch die Folgejahre liegen mit teilweise zweistelligen Fehlbeträgen tief im roten Bereich. Damit ist klar: wir sprechen nicht über einzelne Ausreißer, sondern über ein strukturelles Problem, das Hennef erneut in die Haushaltssicherung führen wird.

Der Bürgermeister hat betont, dass diese Problemlage kein Hennefer Spezifikum ist – und das stimmt. Die kommunalen Haushalte können diese Lasten dauerhaft nicht tragen, das Konnexitätsprinzip wird faktisch verletzt, z.B. durch den Rückzug der Polizei aus ordnungsbehördlichen Aufgaben. Zugleich zeigt der Nachtrag, wie eng die Luft wird: die allgemeine Rücklage wird in der mittelfristigen Planung in mindestens zwei Folgejahren um mehr als fünf Prozent abgebaut, die Ausgleichsrücklage ist bereits seit Jahren aufgebraucht, und bei anhaltenden Defiziten droht mittelfristig die Überschuldung.

Genau deshalb müssen wir wieder ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen. Dieses soll durch Konsolidierungsmaßnahmen den Haushaltsausgleich binnen zehn Jahren plausibel hinterlegen – in der vorgesehenen Beschlussfassung kann diese Darstellung jedoch noch nicht überzeugen.

Erstens: Die im Nachtrag vorgelegten „Verbesserungen“ stammen nicht aus echter Konsolidierung, sondern resultieren zu 90 % aus Plan-Ist-Anpassungen – etwa abgesenkten Umlagen des Rhein-Sieg-Kreises – sowie aus Steuererhöhungen. Echte Konsolidierungen machen nur winzige 10% aus. Das ist für uns kein planvolles Vorgehen, sondern das Einpreisen von zufälligen, positiven Entwicklungen sowie von Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Zweitens: Ein gutes Haushaltssicherungskonzept ist für die Zukunft unserer Stadt elementar, schließlich soll es strukturiert darstellen, wie die Kommune finanziell gesunden soll. Das Haushaltssicherungskonzept erscheint uns jedoch aktuell ausbaufähig und teilweise wenig aussagekräftig, denn öfter findet sich bei Konsolidierungsvorschlägen der Hinweis „derzeit nicht bezifferbar“. Das was jedoch schon bezifferbar ist, sind Hebesatzanpassungen, die in der zu beschließenden Mittelfristplanung auch voll eingepreist sind. Es erfolgt damit eine frühzeitige Festlegung auf Steueranhebungen, obwohl die Konsolidierungen noch gar nicht bewertet wurden.

Drittens: Das Beratungsverfahren ist für uns ehrenamtliche Kommunalpolitikerinnen und -politiker nicht akzeptabel. Das Haushaltssicherungskonzept als Dreh- und Angelpunkt für die strategische Finanzplanung der Kommune wurde erstmals Ende Januar übermittelt. Eine weitere Überarbeitung des HSKs hat der Bürgermeister sogar erst vorletzten Freitag übersandt. Für eine fundierte Beratung, eine Priorisierung und für die Entwicklung von Alternativen blieb uns de facto keine Zeit. Für eine gewissenhafte Finanzpolitik und Meinungsbildung reichen so wenige Tage nicht aus. Insbesondere weil das HSK bereits für die Haushaltsjahre 2026 bis 2029 unmittelbare Wirkung entfaltet. Schließlich geht es hier um nichts weniger als mögliche Auswirkungen auf die Geldbörsen der Bürgerinnen und Bürger.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir als CDU-Fraktion eine differenzierte Bewertung vor:

1. Wir erkennen die dramatische Lage an und widersprechen nicht der grundsätzlichen Notwendigkeit eines Nachtrags.
2. Wir teilen die Analyse vieler Belastungsfaktoren, insbesondere bei Sozialem, Jugendhilfe, Kita und Asyl. Ebenso die Einschätzung, dass von Land und Bund größere Unterstützung für die Kommunen erbracht werden muss.
3. Wir können das Haushaltssicherungskonzept – mit einer Fokussierung auf Hebesatzanhebungen, technischen Plan-Anpassungen und zu wenig tiefgreifender Konsolidierung – mangels Qualität und Zeit zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend beraten und entscheiden.

Deshalb werden wir uns – auch wenn uns dies schwer fällt - heute bei der Abstimmung enthalten. Nicht, weil wir die Verantwortung für die finanzielle Planung unserer Stadt scheuen, sondern weil wir sie ernst nehmen: wir werden in den kommenden Monaten den Haushalt intensiv durchleuchten. Wir werden alle Haushaltspositionen auf den Prüfstand stellen und beraten, wo Standards und Aufgaben optimiert werden können – auch wenn es dabei an der ein oder anderen Stelle unangenehm werden wird. Wir werden für den nächsten Haushalt Vorschläge zur Konsolidierung einfordern und selber vorlegen.

Wer die CDU in den vergangenen Haushaltsberatungen erlebt hat, weiß, dass wir stets verantwortungsvoll und konstruktiv mitarbeiten und durch gute Vorschläge Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger erreichen konnten - im Übrigen fast als einzige Fraktion hier im Rat.

Ich betone nochmals: wir erkennen die Realität an. Wir kritisieren aber den Weg der Beratungen und die Qualität des Haushaltssicherungskonzepts. Denn: Verantwortung bedeutet für uns nicht Abnicken, sondern Hinschauen, Hinterfragen und konsequent Handeln. Und ich verspreche Ihnen: dies werden tun!

Zum Schluss möchten wir den Kolleginnen und Kollegen in der Kämmerei und insbesondere, Ihnen beiden Frau Weber und Herr Höhner, herzlich danken. Ich danke weiterhin allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die mit großem Einsatz für unsere Stadt tätig sind.

Ich danke der Presse für die Berichterstattung und ich danke allen demokratischen Kolleginnen und Kollegen hier im Rat, allen Vereinen und Institutionen für ihre Arbeit für unsere Heimatstadt.

Vielen Dank.